

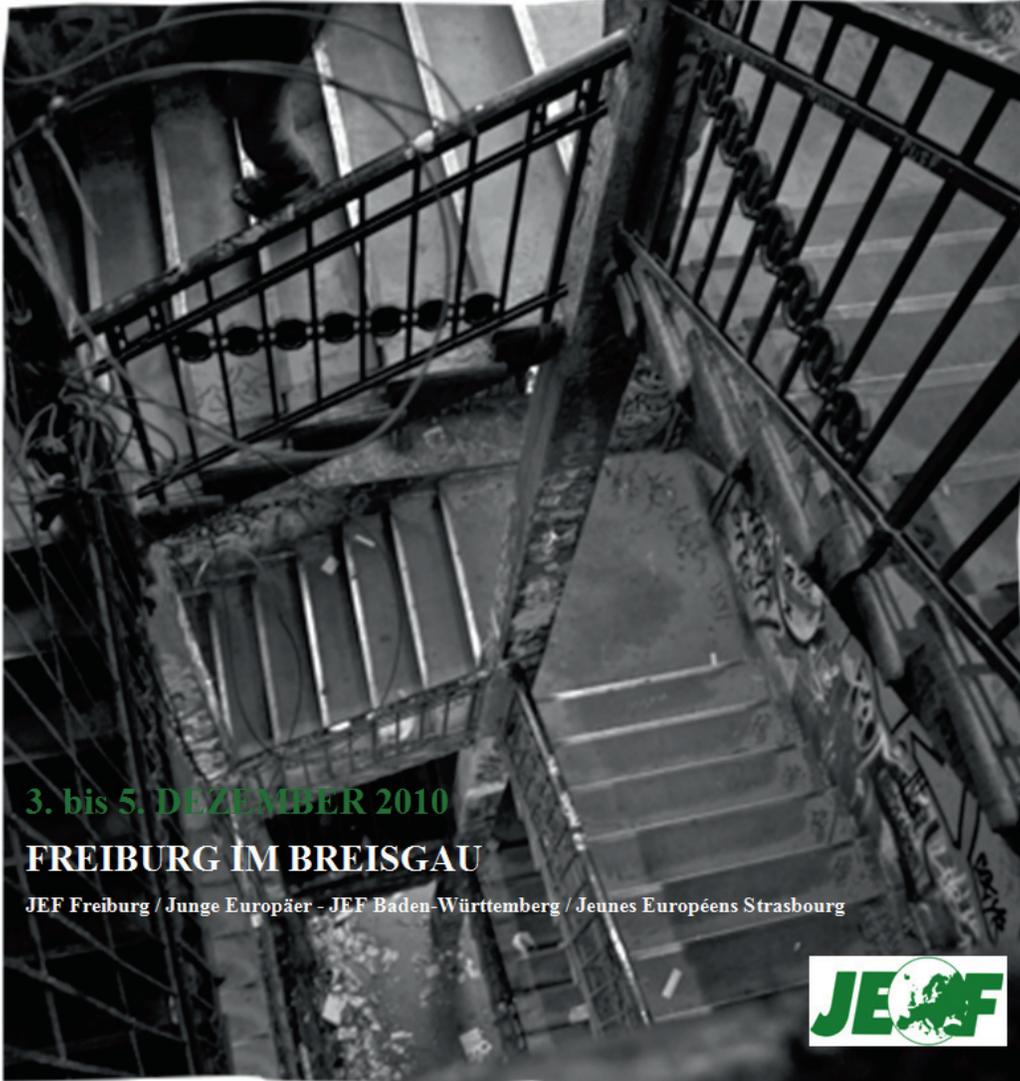


Les Jeunes Européens
Strasbourg

FREIBURGER GESPRÄCHE 2010
ENTRETIENS DE FRIBOURG 2010

SOLIDARITÄT IN EUROPA

SYMPOSIUMSREADER



3. bis 5. DEZEMBER 2010

FREIBURG IM BREISGAU

JEF Freiburg / Junge Europäer - JEF Baden-Württemberg / Jeunes Européens Strasbourg



mit freundlicher Unterstützung von



*„Die Einheit Europas war ein Traum weniger.
Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist
heute eine Notwendigkeit für alle.“
(Konrad Adenauer)*

Jean de la Fontaine gab in seiner Fabel vom Esel und vom Pferd eine einprägsame Beschreibung davon, was Solidarität bedeutet. Auf ihrem gemeinsamen Weg trägt der Esel alle Lasten und das Pferd ist auch nach Bitten und Drängen des Esels nicht bereit, ihm einen Teil seiner Lasten abzunehmen; bis der Esel zusammenbricht. Nun muss das Pferd nicht nur alle Lasten übernehmen, sondern auch noch den Esel tragen.

Die Europäische Union versteht sich als Solidargemeinschaft, in der Lasten geteilt und von allen Mitgliedern in größerem und kleinerem Umfang getragen werden.

Wie genau das „Größer“ und „Kleiner“ des Umfangs definiert sind, darüber wird derzeit wieder einmalig heftig debattiert. Den größten Anlaß dafür gaben die Griechenland-, nun Irland-, bald vielleicht auch Portugal-, Spanien- und Italienkrise. Einzig Frankreich und Deutschland scheinen noch große, stabile Eurostaaten zu sein.

Doch die Solidargemeinschaft EU ist nicht auf Wirtschafts- und Währungsfragen begrenzt. Wir haben das Symposiumsthema „Solidarität in Europa“ gewählt, weil es ein weites Feld ist. Wir haben bei den FREIBURGER GESPRÄCHEN 2010 über politische, rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeiten von EU-Finanzhilfen, aber auch über Solidarität in Naturkatastrophenfällen, über die Solidarität der EU-Bürger untereinander oder die Solidarität der Mitgliedsstaaten mit Regionen außerhalb der Europäischen Union gesprochen .

Es sollte aber nicht nur darum gehen, welche Solidaritätserfahrungen in Europa gemacht werden. Uns war vor allem wichtig, was ihr daraus macht! Ich bin fest davon überzeugt, dass mit so engagierten jungen Europäern wie euch Problemlösungen neu gedacht werden können, und die FREIBURGER GESPRÄCHE 2010 haben dies mehr als bestätigt!

Wir sind stolz, eure Arbeits- und Diskussionsergebnisse in diesem Reader veröffentlichen zu dürfen, damit diese auch in Zukunft für Debatten genutzt werden können.

Es war uns, dem Organisationsteam sowie den gesamten JEF Freiburg, eine Ehre, die bislang als „Straßburger Gespräche“ bekannte deutsch-französische Symposiumsreihe erstmals in Freiburg und auf deutschem Boden veranstalten zu können. An dieser Stelle möchte ich mich nochmal bei allen Mitgliedern und Unterstützern des Organisationsteams sowie den Sponsoren bedanken, die diese gelungene Veranstaltung möglich gemacht haben.

Wir hoffen, euch auch am Ende des Jahres 2011 wieder zu unserer Gespräche-Reihe in Freiburg oder Straßburg begrüßen zu dürfen.

À bientôt.

Mit den besten Grüßen und Wünschen an alle Gäste und Teilnehmer,

Sophie WALDSCHMIDT
(Leiterin des Organisationsteams der FREIBURGER GESPRÄCHE 2010)



Inhaltsverzeichnis

1. Referenten und Workshopleiter	S. 3
2. Symposiumsprogramm	S. 5
3. Hintergrund: Von Straßburg nach Freiburg	S. 6
4. Podiumsdiskussion	S. 7
5. Workshop 1 - Solidarité dans les gares européennes	S. 12
6. Workshop 2 - La solidarité dans l'Europe de Lisbonne: Rupture ou continuité?	S. 14
7. Workshop 3 - Simulation eines EU-Gipfeltreffens: Die Finanzkrise – Risiko oder Chance für die Europäische Union?	S. 16
8. Teilnehmerliste	S. 20
9. Hintergrund: Von Kaffee und Keksen...	S. 21
10. Das Organisationsteam	S. 22

Impressum

Verantwortlich für diese Ausgabe: Andreas Poth

Erschienen im Februar 2011

Auflage: 70 Exemplare

Herausgeber: Junge Europäische Föderalisten Freiburg
c/o AStA Universität Freiburg
Postfach
79085 Freiburg im Breisgau
www.jef-freiburg.eu

Weitere Infos über die Freiburger Gespräche und Fotos gibt es auf
www.jef-freiburg.eu/freiburgergespräche



Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger (Universität Luzern)

Christoph A. Schaltegger leitete bis 2010 als Mitglied der Geschäftsleitung von *economiesuisse* den Bereich Finanz- und Steuerpolitik. Bis 2008 arbeitete er als Referent von Bundesrat Hans-Rudolf Merz im Eidgenössischen Finanzdepartement. Er unterstützte den Finanzminister im Bereich der Steuerpolitik sowie in Aspekten der internationalen Finanzpolitik. Aktuell lehrt er am ökonomischen Institut der Universität Luzern.

Dr. Bert van Roosebeke (cep, Freiburg)

Bert van Roosebeke ist Wissenschaftlicher Referent am Freiburger Think Tank cep – Centrum für europäische Politik. Sein Verantwortungsbereich umfasst vor allem die Analyse von EU-Vorhaben im Bereich Finanzdienstleistungen und Telekommunikation.



Loic Wagner

Loic Wagner ist Staatsrechtler und zur Zeit als Doktorant in Internationalem Recht und in Europarecht tätig. Zudem ist er Mitglied des Fakultätsrates der Universitäten Straßburg.



Johannes Wachter

Johannes Wachter arbeitet für die Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik in Brüssel. Seinen Arbeitsschwerpunkt bildet der EU-Solidaritätsfonds.





Klaus Klipp

Nach einem Abschluss in Rechtswissenschaften widmete sich Klaus Klipp zunächst finanziellen Aufgaben in den deutschen Bundesländern Hessen und Thüringen. Seit November 2001 ist er Generalsekretär der Versammlung der Regionen Europas (VRE).

Markus Breitweg

Im Frühjahr 2010 wurde Markus Breitweg zum Vorsitzenden des JEF Kreisverbandes Freiburg gewählt. Er studiert Politik- und Islamwissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.



Urs Pöttsch

Urs Pöttsch war von 2008 bis 2010 Vorsitzender des JEF-Kreisverbandes Freiburg. Er hat Rechtswissenschaften an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg studiert und macht aktuell sein Referendariat in Darmstadt.

Freitag, 03.12.2010

- 19.15 Uhr Podiumsdiskussion „Die Griechenland-Krise: Wie weit geht die europäische Solidarität?“ in Zusammenarbeit mit dem Colloquium Politicum der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Gäste: Prof. Dr. Christoph Schaltegger (Universität Luzern), Dr. Bert van Roosebeke (cep Freiburg), Loïc Wagner (Universität Straßburg);
Moderation: Arndt Michael (Colloquium Politicum)
Übersetzung: Annabelle Dullin (JEF-France)
- 21 Uhr Sektempfang mit Grußwort von Franziska Brantner (MdEP)

Samstag, 04.12.2010

- 9 - 10.45 Uhr Workshop-Sitzung 1
- 11.15 - 13 Uhr Workshop-Sitzung 2
- 14.30 - 16 Uhr Vortrag „Europäische Solidarität in der Praxis: Möglichkeiten und Grenzen am Beispiel des Solidaritätsfonds der EU“ von Johannes Wachter (Europäische Kommission: Bereich „Solidaritätsfonds“)
- 16.15 - 17.45 Uhr Vortrag „Bottom-up: Solidarität zwischen den Regionen Europas - Ein Modell für dezentralisierte Entwicklungszusammenarbeit“ von Klaus Klipp (Generalsekretär der Versammlung der Regionen Europas)
- 18 - 19 Uhr Glühwein auf dem Freiburger Weihnachtsmarkt
- 19 Uhr Gemeinsames Abendessen (El Bolero); im Anschluss: Party in der Jackson Pollock Bar

Sonntag, 05.12.2010

- 9 - 10.45 Uhr Abschließende Workshop-Sitzung 3
- 11 - 12 Uhr Abschlussrede und Präsentation der Workshop-Ergebnisse

Von Strasbourg nach Freiburg...

Seit über 22 Jahren gibt es sie bereits – die deutsch-französische Symposiumsreihe der Jeunes Européens Strasbourg und der Jungen Europäer JEF Baden-Württemberg (häufig in Kooperation mit den JEF Freiburg). Bislang fand dieses Europasymposium immer in Straßburg statt. Im Jahr 2010 konnten die Straßburger Gespräche erstmals auf deutschem Boden stattfinden. Gastgeber waren die JEF Freiburg. Auf dieser Seite möchten wir kurz erzählen, wie die Gespräche-Reihe aufgebaut ist.

Die Vorbereitung beginnt in der Regel im Frühsommer. Zunächst geht es darum, sich gemeinsam auf ein Thema zu einigen, das für junge Europäer von aktueller Bedeutung ist und idealerweise auch einen besonderen deutsch-französischen Bezug hat. In den vergangenen Jahren beschäftigten sich die Straßburger Gespräche unter anderem mit den Themen *Bolognaprozess und europäische Bildungspolitik* (2008) und *20 Jahre Berliner Mauerfall: Gibt es heute noch Mauern in Europa, die wir einreißen müssen?* (2009).

Sobald das Thema steht, machen wir uns auf die Suche nach interessanten Referenten, die uns am Symposiumswochenende mit Informationen und Diskussionsstoff versorgen.

Daneben gilt es, Finanzpläne zu erstellen, Sponsoren zu finden, Anzeigentexte zu schreiben und diese per Post, E-Mail, Internet und über Poster und Programmflyer zu verbreiten. An den Gesprächen nehmen immer etwa fünfzig junge Europäer, vor allem aus Frankreich und Deutschland, teil. Die Veranstaltung richtet sich aber auch ausdrücklich an Schüler und Nicht-Franzosen beziehungsweise Nicht-Deutsche und Nicht-JEF-Mitglieder. Symposiumssprachen sind sowohl französisch als auch deutsch, sodass Grundkenntnisse in beiden Sprachen Voraussetzung für die Teilnahme an den Gesprächen sind.

Unser deutsch-französisches Symposium findet einmal im Jahr, in der Regel an einem Wochenende Anfang Dezember, in Straßburg oder Freiburg statt. Am Freitagabend beginnen die Gespräche mit einer Auftaktveranstaltung zum Symposiumsthema, oft in Form einer Podiumsdiskussion. Der Samstag gestaltet sich dann sowohl über Vorträge von Gastreferenten als auch über die Teilnahme an themenspezifischen Workshops. Der Samstagabend beginnt meistens mit einer Stadtführung und einem Weihnachtsmarktbesuch. Im Anschluss geht es dann in ein stadttypisches Restaurant und in das Straßburger beziehungsweise Freiburger Nachtleben. Am dritten und letzten Symposiumstag organisieren wir vor der gemeinsamen Abschlussrunde noch einmal Workshops oder einen Vortrag. Die Veranstaltung endet dann gegen Sonntagmittag, sodass den Teilnehmern genügend Zeit für die teils lange Heimreise bleibt.

Die Straßburger/Freiburger Gespräche sind nicht nur ein sprachliches und europäisches Fortbildungswochenende. Sie sind vor allem auch Gelegenheit, Kontakte mit jungen Europäern aus vielen Ländern zu knüpfen und gemeinsam eine tolle Zeit in einer fremden Stadt zu verbringen!

An dieser Stelle laden wir bereits herzlich zu den voraussichtlich in Frankreich stattfindenden Straßburger Gesprächen 2011 ein und hoffen, wieder ein spannendes Symposiumsthema für euch zu finden.



Auf dem Podium waren (v.l.n.r.) Annabelle Dullin (Übersetzung), Loic Wagner (Doktorant in Internationalem Recht und Europarecht an der Universität Straßburg), Prof. Dr. Christoph Schaltegger (Universität Luzern), Dr. Bert van Roosebeke (cep Freiburg) sowie Arndt Michael (Colloquium Politicum der Universität Freiburg, Moderation).

Wer ist der nächste? Gestern Griechenland, heute Irland, morgen vielleicht Portugal? Nach zwei Rettungsaktionen der EU muss man sich doch fragen: „Wie weit geht also die europäische Solidarität. Wer kann zahlen, wer muss zahlen? Steht die EU auf der Kippe?“

Als Erstes sprach *Dr. Roosebeke*. Er stellte klar, dass es sich bei der Frage nach europäischer Solidarität grundsätzlich um eine politische Frage handele. Als Ökonom habe er jedoch starke Zweifel, dass die zu Tage tretenden Probleme mit Solidarität gelöst werden könnten. Der EU-Rettungsschirm sei nicht mit EU-Recht vereinbar und die Währungspolitik wurde unter dem Prinzip gegründet, dass kein Staat für die Schuld eines anderen haften müsse. Diese No Bail-Out Klausel sei auch im Primärrecht verankert. Indem die Euro-Staaten für die Schulden Griechenlands und Irlands einstünden, sei man von dieser Idee abgewichen. Dies könne allenfalls kurzfristig funktionieren; langfristig könne der Euro nur bestehen, wenn jeder Staat seine Finanzen im Griff habe. Zudem gebe es nun falsche Anreize, denn die Staaten könnten sich darauf verlassen, dass sie im Zweifel sowieso von der Gemeinschaft gerettet würden.



„Wir brauchen nicht mehr Solidarität in Währungsfragen“

Es gebe nur zwei langfristige Lösungen. Erstens müssten sich die Staaten „gesundschrumpfen“ und zweitens müsste die EU ihre Bankenkrise lösen. Da momentan alle europäischen Banken stark verkettet sind, sei es nötig, ein System zu etablieren, das es erlaubt, Banken pleite gehen zu lassen. Ein großes Hindernis dafür seien jedoch die vielen unterschiedlichen nationalen Gesetze.

Prof. Schaltegger hob hervor, dass für einen vitalen Föderalismus ein Gleichgewicht zwischen dem Wettbewerbs- und dem Solidaritätselement notwendig sei. Insofern würde der Solidaritätsgedanke in der EU strapaziert, denn ein Bail-Out für „finanzpolitische Abenteuer“ könne langfristig nicht funktionieren. Wir würden dadurch zu Zeitzeugen eines realen Experimentes der Währungspolitik. Falls die einzelnen Euro-Staaten finanzielle Probleme aufgrund falscher Steuer- und Ausgabenpolitik hätten, müssten sie das selbst ausbaden. Solidarität könne keine Einbahnstraße sein. Die Gläubiger, also auch die Banken, sollten sich jedoch durch einen sogenannten Haircut an der Konsolidierung beteiligen.

Laut *Wagner* sei die Frage nach europäischer Solidarität sehr komplex. Es gäbe natürlich Verträge, aber man müsse sich fragen, ob auch wirklich Solidarität herrsche. Es war immerhin im Krisenmechanismus vorgesehen, dass sich Polen und Schweden beteiligen aber sie hätten ihre Garantien verweigert. Man könne beobachten, dass Großbritannien Irland geholfen habe, obwohl es nicht Mitglied der Euro-Zone sei. Warum? Weil ihre zwei größten Banken sehr abhängig von den irischen Schulden und Banken seien. Wirtschaftliche Interessen würden also bei der Frage nach Solidarität mit hineinspielen. Insofern zwänge die ökonomische Interdependenz zu solidarischem Handeln, aber man könne sich fragen, ob es sich dabei wirklich um Solidarität handele.

Wo würden wir heute stehen, wenn die EU weder im Mai (Griechenland), noch im November (Irland) interveniert hätte?

Dr. Roosebeke stellte heraus, dass Griechenland in diesem Fall ein akutes Zahlungsproblem bekommen hätte. Griechenland hätte sich teilweise entschulden können, indem es mit den Gläubigern einen Teilverzicht ihrer Ansprüche aushandelt, aber irgendwann wäre dieser Zwangsverzicht so groß geworden, dass es zu einer Bankenkrise gekommen wäre. Eine weitere Möglichkeit wäre ein massiverer Einstieg des Internationalen Währungsfonds gewesen. Beide Szenarien seien jedoch nicht sehr attraktiv.

Prof. Schaltegger unterstrich, dass der Rettungsschirm von vielen Politikern als alternativlos deklariert worden sei, andernfalls würde Europa bedroht. Ohne Rettungsschirm hätte sich Griechenland mit Zinsen in Höhe von 12 Prozent finanzieren müssen. Ein Zahlungsausfall und damit Staatsbankrott wäre eine mögliche Folge gewesen.



„Ich sehe nicht, warum Europa nicht auch mit einem Zahlungsausfall eines Landes fertig werden sollte.“

Staatsbankrotte hätte es in der Geschichte bereits öfters gegeben und ein Zahlungsausfall Griechenlands hätte nur eine gewisse Belastung für den Euro bedeutet. Der Rettungsschirm erinnere ihn an die japanische Lösung, wo die Bankenkrise schon 25 Jahre andauert. Der IWF habe die entsprechenden Möglichkeiten, sodass das Land durch einen Haircut und eine Notfinanzierung weitermachen kann.

Dem widersprach *Wagner*, der klarstellte, dass ein sofortiger Ausstieg Griechenlands aus dem Euro schwer möglich gewesen wäre, denn dafür gäbe es keine juristische Handhabe. Manche würden sagen, man hätte eine organisierte Insolvenz vollziehen und Griechenland langsam aus der Eurozone ausschließen sollen, aber das hätte der Euro wahrscheinlich nicht mitgemacht.

„Eine organisierte Insolvenz hätte der Euro nicht mitgemacht.“



Auch was die Glaubwürdigkeit angeht, so dürfe man nicht vergessen, dass der Euro die zweite Referenzwährung der Welt sei, und es sich nicht leisten könne, einen der Teilnehmer zu verlieren. Er denke immer an das schlimmste Szenario, also die systemische Drohung, die zur Wirklichkeit wird, und wahrscheinlich hätte es einen Dominoeffekt gegeben, mit Kettenreaktionen, sodass in jedem Fall ein großer Teil der Weltwirtschaft betroffen gewesen wäre.

Dr. Roosebeke entgegnete, dass der Dominoeffekt doch bereits eingetreten sei, trotz des Rettungspakets. Es habe also die Märkte nicht überzeugen können. Die zentrale Frage sei doch nun, wie man aus dieser Situation wieder herauskomme. Die Idee einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und einer europäischen Wirtschaftsregierung sei keine realistische Lösung, dafür gebe es einfach zu große Unterschiede und Interessen. Auch von einer gemeinsamen Staatsanleihe, „Euro-Bonds“, halte er nicht viel, denn gemeinsame Anleihen wären nichts anderes als ein Bail-Out.

Die Europäische Zentralbank kauft Staatsanleihen auf, um für Ruhe auf den Märkten zu sorgen. Ist das ein Zeichen für europäische Solidarität oder nur ein Versuch, den Dominoeffekt kurzfristig aufzuhalten?

Prof. Schaltegger brachte seine Skepsis über diese Praktik zum Ausdruck. Die EZB, die amerikanische Federal Reserve, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank würden alle dasselbe machen, obwohl eigentlich allen klar sei, dass die Probleme der Banken und des Immobiliensektors auf einer zu „laschen“ Politik des billigen Geldes beruhten. Die gleiche Medizin, die uns die Probleme erst beschert habe, solle heute die Probleme wieder lösen.



„Wenn Solidarität heißt, ein anderer hilft mir dann schon, und am Ende bezahlt es Deutschland, das kann langfristig nicht gut gehen!“

Prof. Schaltegger verwies daher auf den EZB-Chef Jean-Claude Trichet, der die Mitgliedsstaaten aufgefordert habe, die Finanzinstrumente auslaufen zu lassen und endlich ihre Haushalte zu konsolidieren. Finanzpolitische Solidität, also Haushaltskonsolidierung sei eine Voraussetzung für Solidarität.

Nach *Wagner* müsse das Handeln der EZB begrüßt werden, auch im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Ziel der Inflationsbekämpfung. Man müsse jedoch viel weiter zurück gehen, zum Stabilitätspakt, der nicht eingehalten worden sei. Wären Sanktionen für mangelnde Haushaltsdisziplin schon viel früher beschlossen worden, würden wir heute woanders stehen. Griechenland hätte mehrere Male sanktioniert werden können. In der letzten Zeit hätte es wohlwollende Aussagen von Staaten gegeben, die in Richtung einer automatischen Sanktion weisen. Er sei jedoch sehr skeptisch und vermute, dass es ab dem Moment, wo der Rat die Entscheidung trifft, zu keinen Sanktionen mehr kommen werde. Diese Kompetenz solle vielmehr entweder der Kommission oder direkt der EZB zugesprochen werden, und zwar inklusive einer Sanktionsmacht. Auch die Möglichkeit einer Vertragsverletzungsklage vor dem Europäischen Gerichtshof sollte genutzt werden. Letztlich könne er sich auch vorstellen, analog zur deutschen „Schuldenbremse“ in den Verträgen eine Klausel einzubringen, die strukturelle Defizite untersagt.

Durch die Griechenlandkrise hat man als Bürger sehr viel über andere Länder erfahren. Seitdem gibt es eine paneuropäische Debatte über griechische Rentenstandards und irische Steuerprinzipien: „Aus dem Projekt der Eliten ist über Nacht ein Thema für Alle geworden.“ Sind wir also durch die Griechenlandkrise europäischer geworden?

Laut *Dr. Roosebeke* hätte die Krise dazu geführt, dass wir uns jetzt mit Sachen beschäftigen würden, über die wir uns schon vor 15 Jahren Gedanken hätten machen sollen. Eine Währungsunion habe nun mal Folgen, die die Politik und die Bürger massiv unterschätzt hätten. In diesem Sinne würden wir uns jetzt mit den Problemen Griechenlands auseinandersetzen, weil wir begreifen würden, dass diese Probleme auch uns betreffen.

Prof. Schaltegger verwies darauf, dass eine gemeinsame Währungspolitik ohne eine gemeinsame Finanz- und Sozialpolitik eine große Herausforderung sei. In diesem Sinne könne die Krise als Katalysator für das Feintuning der europäischen Institutionen dienen.

Wagner äußerte Vorbehalte gegenüber dieser These. Das europäische Bewusstsein, das mittlerweile existiere, habe nichts mit der Griechenlandkrise zu tun. Vielmehr habe die Globalisierung den EU-Staaten keine andere Wahl gelassen, als sich zusammenzutun um gegen China und die USA zu bestehen. Die Griechenlandkrise sei zudem sehr gewaltvoll abgelaufen und Griechenland selbst wären sehr harte Bedingungen diktiert worden, die eher ein euroskeptisches Gefühl provozieren würden.

Kann der Euro als Währung überhaupt überdauern oder ist er auf die Intervention der Staaten angewiesen?

Laut *Dr. Roosebeke* sei der Euro nach wie vor eine sehr gute Idee mit vielen Vorteilen. Er sei jedoch schlecht umgesetzt, denn eine Einheitswährung verursache eben auch Kosten, vor allem ohne gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik. Insofern käme es auf die passenden Rahmenbedingungen an. Die staatlichen Interventionen wirkten höchstens kurzfristig



und seien auf Dauer keine Lösung.

„Der Euro wird keine stabile Währung sein, wenn jeder weiß, Deutschland und Frankreich haften für die Schwachen. Wenn die Fundamentaldaten in den Ländern schlecht sind, wird der Euro schwach sein.“

Langfristig müsse auf jeden Fall die Staatsverschuldung zurückgefahren werden. Es sei zudem in Deutschland nicht vermittelbar, dass Deutschland auf Dauer die Haftung für Länder wie Griechenland und Irland übernimmt.

Prof. Schaltegger argumentierte in eine andere Richtung und stellte fest, dass die fehlende Mög-

lichkeit der Ab- bzw. Aufwertung der eigenen Währung hohe Kosten im Sinne von Arbeitslosigkeit und Leistungsbilanzdefiziten verursachen würde. Das „Projekt Euro“ rechtfertige diese Kosten nicht unbedingt, denn man hätte auch beim EWS-System mit Währungsbandbreiten bleiben können.

„Europa wird auch mit unterschiedlichen Währungen bestens leben.“

Eine rein ökonomische Perspektive sei jedoch nicht ausreichend, denn der Euro sei schließlich ein politisches Konzept, sodass auch der politische Wille über die Zukunft des Euros entscheiden würde. Dabei käme es darauf an, ob man bereit sei, die ökonomischen Kosten zu tragen oder nicht.



Andreas POTH

La responsabilité sociale des entreprises européennes: L'exemple de la solidarité dans les gares (Marie-Christine Pinel en collaboration avec Vincent Bouznad)

Ayant pour but de réfléchir sur le volet social de la notion de solidarité, cet atelier concerne l'action des entreprises européennes dans le domaine sociétal. A travers l'exemple du secteur ferroviaire, le but est de montrer que, dans la société actuelle, être solidaire est l'affaire de tous, entreprises et particuliers, et pas seulement un devoir incombant aux seuls Etats. Il s'agit également de souligner l'importance d'une action à l'échelle de l'Union européenne.

L'atelier s'est donc déroulé en deux temps : présentation du concept de responsabilité sociale des entreprises (RSE) puis illustration concrète à travers l'exemple de la solidarité dans les gares des grandes capitales.

I) Le concept de RSE

Née aux Etats-Unis dans les années 1950, cette notion constitue désormais un des éléments-clés des politiques européennes en matière sociale. En effet, un livre vert a été publié sur le sujet en 2001 par la Commission européenne. Selon ce document, la RSE signifie que les entreprises „décident de leur propre initiative de contribuer à améliorer la société“ bien que leur objectif premier demeure la recherche de bénéfices.

Nécessairement, les entreprises de service public, de transport notamment, se trouvent concernées. Mais, l'idée actuellement est d'aller au-delà et de mobiliser également les entrepreneurs purement privés.

C'est pourquoi, les entreprises européennes se trouvent également soumises à la récente norme internationale ISO 26000, publiée le 1er novembre 2010 par l'Organisation internationale de normalisation. Ce document, établi par consensus entre les représentants de 158 états, décrit les principes fondamentaux la RSE et propose une méthode d'appropriation.

Il prescrit notamment aux entreprises de contribuer au bien-être de la société en fonction de leurs activités, de dialoguer avec les parties prenantes, de respecter les lois et normes en vigueur et d'intégrer ces prescriptions dans leurs rapports commerciaux.

Cette présentation a permis aux participants s'interroger sur la subjectivité d'une telle démarche. Pour certains, ce processus de normalisation ne favorise finalement que les très grandes entreprises alors que la RSE existe de facto au niveau de structures plus petites.

II) L'action des entreprises ferroviaires européennes

En octobre 2008, les compagnies ferroviaires française (SNCF), italienne (FS), belge (SNCB) et luxembourgeoise (CFL) ont signé à Rome la Charte européenne pour le développement des missions sociales et sociétales dans les gares. L'initiative reste ouverte à la souscription de tous les pays européens qui voudront bien y participer. Le réseau polonais (PKP) a donc rejoint le Club en novembre 2009. Ce texte découle expressément du Livre

Vert de 2001 relatif à la RSE.

Les Réseaux signataires partent de l'observation que les problèmes liés à la marginalité sociale ne peuvent plus être affrontés en limitant l'horizon aux seuls domaines nationaux. C'est pour cette raison qu'ils ont entamé une confrontation sur l'analyse des phénomènes d'exclusion sociale (sans-abris en gare et au sein des espaces ferroviaires) et sur les modalités d'intervention.

Il a ainsi été observé que, même dans la diversité, un point commun relie les politiques menées par les compagnies ferroviaires de chaque pays : l'exigence de conjuguer sécurité et solidarité en collaboration avec les institutions publiques et le tissu associatif.

Concrètement, l'objet du Club européen est de mettre en place des dispositifs sociaux communs à toutes les grandes gares européennes et des programmes de formation des agents de tous les réseaux suite à l'échange de bonnes pratiques. Les représentants des compagnies ferroviaires doivent donc organiser des rencontres périodiquement dans le but de présenter les structures existantes.

Il participe également au programme „Hope in stations“, lancé en 2010 par la Commission européenne dans le cadre de l'année européenne de lutte contre la pauvreté. Ce projet d'expérimentation sociale, d'une durée de 2 ans, consiste à tester une forme originale de collaboration entre acteurs publics, associatifs et privés, dont les entreprises de chemin de fer, dans la prise en charge des personnes en errance dans et autour des gares de Paris (Gare du Nord et de l'Est), Rome (Gare de Termini) Berlin (Gare Zoologischer Garten) et Bruxelles (Gare Centrale).

Les réseaux ferroviaires européens souhaitent également mettre en place un label sociétal pour les gares où existent des dispositifs sociaux. Sur le modèle de l'écolabel européen, dispositif destiné à certifier qu'un produit ou un service est conforme à des caractéristiques décrites dans un référentiel et faisant l'objet de contrôles, les entreprises de transport pourraient valoriser les actions socio-responsables auprès du grand public et de leurs clients en particulier.

A l'issue de cette présentation, une discussion s'est engagée sur ce genre de dispositifs afin de savoir s'ils mettent en exergue une carence de l'état. On peut, en effet, considérer que de telles initiatives sont le signe manifeste d'un désengagement des instances étatiques. Au contraire, on peut aussi penser qu'il est normal de rechercher un certain équilibre entre la responsabilité de l'état et les actions de la société civile. Une comparaison entre les modèles sociaux britannique, allemand et français s'est donc engagée.

Enfin, pour compléter ce panorama des missions sociétales qu'est susceptible de mettre en œuvre une entreprise, le groupe a parlé des actions engagées par les entreprises ferroviaires individuellement et de la façon dont elles pouvaient être ressenties par les bénéficiaires sans-abris en situation d'exclusion.

La Solidarité dans le traité de Lisbonne: Rupture ou continuité? (Loïc Wagner)

La solidarité n'était pas inscrite dans les traités. Cela ne posait pas vraiment de problème car la construction européenne est une solidarité en soi. La solidarité est une des valeurs de l'UE mais la solidarité au niveau de pur principe ne vaut rien.

La solidarité apparaît dans le traité de Lisbonne notamment à l'article 10, avec la clause sociale transversale et la charte des droits fondamentaux. Néanmoins s'il faut décider entre rupture et continuité, force est de constater que la continuité doit primer.

I) Solidarité(s) entre les Etats membres

A. Les solidarités „classiques“

Il s'agit de toutes les politiques de redistribution, qui se sont établies par petits pas successifs. Le traité de Lisbonne s'inscrit dans la continuité de cette logique progressive.

Exemple: la politique de cohésion économique et sociale. On y a ajouté la cohésion territoriale avec Lisbonne. Cela pourrait permettre d'aboutir à une réforme de la politique régionale moins axée sur la compétition entre régions.

B. Les solidarités de crise

Article 222 du traité de Lisbonne : clause de solidarité qui implique une solidarité entre les Etats membres en cas d'actes de terrorisme, de catastrophes naturelles ou humaines. Il existait déjà un fond de solidarité mais la clause apporte un probable complément en termes de moyens humains.

Il existe aussi la politique européenne de protection civile.

Le traité est devenu obsolète à cause des crises successives. Il faut un fond permanent suite à la grave crise qui a touché la Grèce et aussi l'Irlande. Ces crises ont rendu la révision du traité obligatoire.

II) Les citoyens européens, bénéficiaires de la solidarité de l'UE

A. Les citoyens directement concernés

En ce qui concerne la solidarité envers les citoyens directement, le bilan est mauvais, le traité reste dans un statu quo et les avancées sont résiduelles. Le seul espoir qu'il pourrait y avoir serait le juge communautaire qui permettrait de mettre en place des solidarités de fait entre les citoyens.

B. Les droits sociaux

Il y a des avancées en la matière, sous réserve bien sûr de ce que fera le juge communautaire. En effet le traité de Lisbonne met en place une clause sociale transversale qui permet de prendre en compte certains impératifs sociaux.

De plus, il existe désormais une charte des droits sociaux et fondamentaux avec un chapitre intitulé „Des solidarités“. Ce chapitre reconnaît notamment la négociation collective et le droit au travail (hors Royaume-Uni et Pologne). En revanche, ce chapitre ne s'applique que dans le cadre d'application du droit communautaire.

En conclusion, le traité de Lisbonne est dans une logique de continuité avec ce qui a été fait précédemment en termes de solidarité(s). On peut dire qu'on est dans la logique Schuman de créer des „solidarités de faits“.

Stéphanie BROCHARD

Simulation eines EU-Gipfeltreffens:

Die Finanzkrise – Risiko oder

Chance für die Europäische Union? (Markus Breitweg und Urs Pötzsch)

Der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy mahnt zur Einheit. Europa befinde sich in schwierigen Zeiten. Die Wirtschafts- und Finanzkrise habe die Mitgliedstaaten schwer getroffen und die Union vor große Herausforderungen gestellt. Er erinnert an den Beginn der Krise in den USA, den Zusammenbruch großer Finanzhäuser, die Krise der Realwirtschaft und die staatlichen Rettungspakete, die zu einer nie dagewesenen Verschuldung der nationalen Haushalte geführt hätten. Die starke Abwertung griechischer und irischer Staatsanleihen an den Kapitalmärkten habe schließlich den Bestand der Gemeinschaftswährung gefährdet. Nun sei es Zeit zu handeln und ein Zeichen der Stärke und der Entschlossenheit auszusenden.

Die versammelten Staats- und Regierungschefs nicken zustimmend. Dennoch wirken sie wenig entschlossen, eher zurückhaltend. Van Rompuy versucht Leidenschaft und Pathos in seine Stimme zu legen. Er will die Teilnehmer des außerordentlichen Gipfeltreffens aufwecken und mitreißen.

Es ist die sogenannte Ice-breaking-Phase des Finanz-Workshops der Freiburger Gespräche 2010. In der Rolle des Präsidenten des Europäischen Rates fasse ich noch einmal die Ereignisse der Krisenjahre für die Workshop-Teilnehmer zusammen. Das soll den Einstieg in die Simulation des Gipfeltreffens erleichtern. In den vergangenen Wochen haben Markus Breitweg und ich 14 Länder der EU ausgesucht und Übersichten zur jeweiligen wirtschaftlichen Lage der Länder und ihren Positionen zu aktuellen europapolitischen Themen wie z.B. der Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung oder der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts erstellt. Dann haben wir die Teilnehmer jeweils einem Land zugewiesen. An diesem Wochenende können sie ausprobieren, ob sie sowohl ihrem Land als auch dem Gemeinschaftsinteresse der Europäischen Union dienen können.

Nach der Einführung sind die Teilnehmer an der Reihe. In einer kurzen Vorstellungsrunde sollen sie die Situation ihres Landes darstellen, um die Ausgangslage des Gipfeltreffens zu verdeutlichen. Sie sitzen in einer großen Runde, in alphabetischer Reihenfolge der englischen Ländernamen. Es scheint dabei kein Zufall zu sein, dass Germany und France nebeneinander sitzen.

Hinter dem Namensschild von Frau Merkel sitzt eine französische Teilnehmerin. Sie nutzt die Gelegenheit, um zunächst die anderen Teilnehmer in Deutschland zu begrüßen, bevor sie auf die Position ihres Landes eingeht. Dann folgt Nicolas Sarkozy, gespielt von einem Mitglied der JEF-Freiburg. Seine Ausführungen lassen erkennen, dass Frankreich und Deutschland auch auf diesem Gipfeltreffen einen engen Schulterschluss suchen werden. Silvio Berlusconi findet ebenfalls gut in seine Rolle. Er resümiert, in Italien sei alles „tutto bene“ und blickt mit seinem unnachahmlichen Berlusconi-Lächeln in die Runde.

Nach diesem Warm-up nehmen wir uns eine Liste wichtiger politischer Themen und möglicher Maßnahmen vor. Die Staats- und Regierungschefs sollen hieraus ihre Prioritäten wählen und darüber abstimmen, um den Rahmen der weiteren Verhandlungen abzustecken. An dieser Stelle wird die offizielle Sitzung unterbrochen. Zur Vorbereitung der Abstimmung sollen die Teilnehmer die Möglichkeit erhalten, im vertraulichen Gespräch mit den anderen Staats- und Regierungschefs Interessen abzustimmen und erste Allianzen zu suchen.

Nach Ende der Abstimmung präsentieren Markus und ich den Entwurf einer möglichen Abschlusserklärung des Gipfeltreffens. Der Text ist in fünf Themen gegliedert: Gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik, Investitionen in eine Grüne Wirtschaft, Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, finanzielle Solidarität und bessere Finanzausstattung der Union.

Bei der gemeinsamen Durchsicht erkennen die Teilnehmer sofort, dass der Text viele Positionen enthält, die derzeit kaum konsensfähig sind. Die makroökonomischen Ungleichgewichte der Mitgliedstaaten sollen abgebaut werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten anzupassen. In diesem Rahmen sollen insbesondere die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik harmonisiert werden. Die nationalen Investitionen in grüne Technologien sollen binnen zehn Jahren auf 10% des BIP angehoben werden. Zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung soll eine Überprüfung der nationalen Haushaltsentwürfe durch die Kommission eingeführt werden. Bei Verstößen gegen die Maastricht-Kriterien sollen nach kurzer Frist Geldstrafen und Stimmrechtsentzug möglich sein. Das bisherige Verbot gegenseitiger finanzieller Hilfen soll durch die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds ersetzt werden. Schließlich soll der EU-Haushalt im Jahr 2011 um 6 Prozent erhöht und die Einführung einer EU-Steuer überprüft werden.

Erneut wird die Sitzung zur informellen Beratung unterbrochen. Jedes Land hat die Möglichkeit einen Änderungsantrag bezüglich des Entwurfs zu stellen. Der Antrag muss jeweils von einem Eurostaat und einem Nicht-Eurostaat unterstützt werden, um zur offiziellen Beratung im Plenum angenommen zu werden. Sofort strömen die Teilnehmer zwischen den Tischen des Seminarraums im altherwürdigen Kollegiengebäude 1 der Universität zusammen. Es gilt keine Zeit zu verlieren. Der Zeitplan für den Workshop ist straff und am Ende – so habe ich in meiner Rolle als Präsident des Rates immer wieder betont – muss eine Einigung über die dringendsten Maßnahmen stehen.

Die Staatsvertreter haben inzwischen alle in ihre Rollen gefunden. Sie sprechen sich gegenseitig mit dem Vornamen des jeweiligen Politikers an, klopfen sich freundschaftlich auf die Schulter, betonen ihre gute Zusammenarbeit oder lästern über die Kollegen. Andere versuchen sich in nüchterner Analyse der Lage und präsentieren ihre Lösungsansätze. Ich gehe von Grüppchen zu Grüppchen, mische mich hier und dort schlichtend in die Diskussion ein oder weise auf gemeinsame Interessen mit anderen Ländern hin, um die Bildung von Allianzen zu fördern.

Einige Themen scheinen schnell geklärt. Die Einführung einer EU-Steuer und die Möglichkeit eines Stimmrechtsentzugs kommen nicht in Betracht. Statt dessen solle eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone geschaffen werden. In den meisten anderen Fragen geht es um die Abstimmung im Detail. Deutschland, Schweden und Spanien unterstützen zwar den Vorschlag einer Wirtschaftsregierung, wenden sich aber gegen eine Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik. Frankreich begrüßt die Verschärfung des Stabilitätspaktes, verlangt aber ebenso wie Italien, dass der Rat und nicht die Kommission über Geldstrafen entscheidet.

Die informellen Gespräche ziehen sich hin. Bis zur Mittagspause wird um Zustimmung für die eigenen Änderungswünsche geworben, an den genauen Formulierungen gearbeitet und über die gegenseitige Unterstützung der Anträge verhandelt. Schließlich nimmt Markus Breitweg, in der Rolle des Generalsekretärs des Rates Pierre de Boissieu, die teilweise sehr umfangreichen Änderungsanträge entgegen und registriert sie für die offizielle Abstimmung am Sonntagvormittag.

Am nächsten Morgen sieht man den meisten Teilnehmern die zurückliegende kurze Nacht an. Ich begrüße die Staats- und Regierungschefs, kommentiere, dass die müden Gesichter sicherlich von weiteren spätabendlichen Verhandlungen zeugten und mahne zur Kompromissbereitschaft in der entscheidenden Phase des Gipfeltreffens.

Nun müssen die Antragssteller ihre Änderungsvorschläge im Plenum vorstellen und begründen. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Aussprache, bevor über den jeweiligen Punkt abgestimmt wird. Der Antrag Tschechiens, die Kosten der Reform der Sozialsysteme bei der Bemessung der Staatsschulden zu berücksichtigen, wird ohne viel Aufhebens abgelehnt. Dagegen führt der Antrag Italiens, den Mitgliedstaaten deutlich mehr Zeit für die Konsolidierung ihrer Haushalte einzuräumen zu einer leidenschaftlichen Diskussion zwischen Nicolas Sarkozy und Silvio Berlusconi. Schließlich einigt man sich auf eine geringe Verlängerung der im Entwurf enthaltenen Fristen.

Der Antrag Griechenlands, den Passus bezüglich der Überprüfung der nationalen Haushaltsentwürfe durch die Kommission – das sogenannte Europäische Semester – sowie die Möglichkeit eines Stimmrechtsentzugs zu streichen, findet eine deutliche Mehrheit. Beides wird als zu schwerer Eingriff in die Souveränität der Mitgliedstaaten erachtet. Im Laufe des Vormittags wird von Jean-Claude Juncker, gespielt von einem Mitglied der Young European Swiss, noch ein Antrag nachgereicht. Er beinhaltet, auf die Einführung eines Europäischen Währungsfonds zu verzichten und sich stattdessen für die Bekräftigung der bestehenden No-bailout-Klausel auszusprechen. Der Antrag wird von Deutschland unterstützt und scheint gut vorbereitet zu sein, denn er wird bei nur zwei Enthaltungen angenommen.

Schließlich kommt es beim letzten Punkt, der Anhebung des EU-Budgets, nochmals zu einer hitzigen Diskussion. Malta, das erhebliche Summen an EU-Fördermitteln bezieht, spricht sich vehement für eine Vergrößerung des Unionshaushalts aus und erhält Schützenhilfe von Frankreich und Rumänien. Dem widerspricht unter anderem Großbritannien, das sich in Zeiten knapper Kassen nicht in der Lage sieht, eine Erhöhung der Ausgaben für die ungeliebte EU innenpolitisch zu rechtfertigen. Erst ein Kompromissvorschlag, die

beabsichtigte Anhebung über mehrere Jahre zu staffeln, ist mehrheitsfähig.

Nachdem über alle Änderungsanträge einzeln abgestimmt ist, muss der gesamte Text der Abschlusserklärung in einem letzten formalen Akt einstimmig angenommen werden. Der tschechische Präsident Claus, gespielt von einer Stuttgarter Studentin, kündigt seine Enthaltung an. Er ist verärgert, weil sein Antrag bezüglich der Berücksichtigung der Kosten der Reform der Sozialsysteme abgelehnt wurde. Der Gipfel droht zu scheitern. Die Nerven der anderen Staats- und Regierungschefs liegen blank. Herman van Rompuy muss noch einmal schlichten, den Gemeinschaftsgeist und die Verantwortung für die Zukunft Europas beschwören. Dann endlich signalisiert Claus Zustimmung. Der Text wird angenommen. Erleichtert beginnen die Teilnehmer zu applaudieren und sich gegenseitig zu beglückwünschen. Es ist geschafft. Die Union hat trotz Krise ihre Handlungsfähigkeit bewiesen und wichtige Veränderungen auf den Weg gebracht.

Erst kurz vor der abschließenden Pressekonferenz fällt dem maltesischen Ministerpräsidenten Gonzi auf, dass die Passage, die Mitgliedstaaten sollten ihre Investitionen in grüne Technologien in den nächsten zehn Jahren auf 10% des BIP anheben, unverändert aus dem Entwurf in die Abschlusserklärung übernommen wurde. Vor lauter Streit um die anderen Themen, war dieser Punkt schlichtweg übersehen worden. Vielleicht die herausragendste Entscheidung der Union an diesem Tag.

Urs PÖTZSCH

Workshop 1

Alfieri Luca
Blinzer Fiona
Carpe Julien
Cavaillé Pierre
Chambolle Xavier
Flohr Michael
Gerard Luc
Heumann Alexander
Langer Paul Friedrich
Mergenthaler Julia
Pinel Marie-Christine
Pomies Clémentine
Poth Andreas
Redon Maxime
Renoux Thibault
Salomon Verena
Savalle Gabrielle
Weiger Wiebke

Workshop 2

Appel Philipp
Bergmann Lukas
Brochard Stéphanie
Ederle Viktoria
Fischer Daniel-Frédéric
Freisler Simon
Gheorgean Maxime
Giacometti Nicolas
Grupe Benjamin
Imbert Marie-Sixte
Juchert Marie-France
Kaskel Myriam
Levits Nora
Ludin Lara
Saiger Anna-Julia
Skierka Isabel-Marie
Volk Melanie
Wachsmann Inga
Wagner Anna Verena
Wienfort Nora

Workshop 3

Auzépy Alix
Bisang Sven
Breitweg Markus
Cordero Mathias
Dedieu Irene
Dullin Annabelle
Glück Christopher
Knaak Katharina
May David
Pöttsch Urs
Schöndube Jonas
Schumacher Sandra
Stürner Janina
Voigt Paul
Waldschmidt Sophie
Winter Nadine
Wittmann Laura

Von Kaffee und Keksen...

„Weißt du, was an den Freiburger Gesprächen auch so toll ist? Es gibt immer genügend Kaffeepausen mit vielen leckeren Keksen und interessanten Begegnungen. Die Pausen sind nicht zu unterschätzen, wenn man einen ganzen Tag lang sehr konzentriert arbeitet, sonst verlieren die Leute in den Workshops schnell die Lust am Diskutieren“ - so antwortete mir ein Teilnehmer der Freiburger Gespräche auf meine Frage, wie das Seminar ihm bisher gefiele. Zwischen den Workshops und Vorträgen gab es viele Gelegenheiten, sich mit begeisterten Europäern aus verschiedenen Ländern auszutauschen. Schon am Freitagabend, als ich die ersten Gäste in der Jugendherberge in Empfang nahm, war klar: Die Freiburger Gespräche würden nicht nur von der Solidarität in Europa handeln, sondern auch viele andere spannende Diskussionen beinhalten: Mit einem Schweizer sprach ich über das Verhältnis seines Heimatlandes zur EU. Zwei Franzosen versuchten eifrig, mich von der Schönheit verschiedener französischer Studienstädte zu überzeugen, und ein Mädchen, das in England studiert hatte, erzählte mir von ihrer Zeit dort.

Ob beim gemeinsamen Pizzaessen, auf dem Freiburger Weihnachtsmarkt oder abends beim Tanzen in der Jackson Pollock Bar: Dank der buntgemischten, engagierten Leute fühlte man sich in der Gruppe sofort wohl. Nach einem abwechslungs- und lehrreichen, kurzweiligen europäischen Wochenende freue ich mich schon jetzt auf die nächsten deutsch-französischen Gespräche – um es mit den Worten einer anderen Teilnehmerin zu sagen: „1. Mal JEF – je reviendrais!“

Nora WIENFORT





DAS ORGANISATIONSTEAM

V.l.n.r.: Andreas Poth, Nora Wienfort, Sophie Waldschmidt, Paul Friedrich Langer, Laura Lots, Urs Pötzsch, Markus Breitweg, Mathias Cordero sowie (nicht auf dem Bild) Charlotte Dian und Josephine Heinitz

UND SEINE ZAHLREICHEN UNTERSTÜTZER

Christopher Behrens
Jonathan Berggötz
Leander Creusen
Daniel-Frédéric Fischer
Martin Honecker
Philippe Jundt
David Krappitz
Anne-Laure Maclot
Marie-Christine Pinel
Patricia Ruelleux
Anna-Julia Saiger

Auf Wiedersehen!

Au Revoir!

